

23.01.2014

Kleine Anfrage 1911

des Abgeordneten André Kuper CDU

Kommunale Einkaufsgemeinschaften

Eine Studie des von KPMG geförderten Instituts für den öffentlichen Sektor zeigt die Chancen für Städte und Gemeinden auf, dass durch eine Weiterentwicklung der kommunalen Einkaufsprozesse Einsparungen in den Haushalten erreicht werden können.

Bund, Länder und Kommunen und sonstige öffentliche Auftraggeber schreiben jährlich, so die Studie, Aufträge in einem Beschaffungsvolumen von bis zu 480 Milliarden Euro aus. Allein die Städte und Gemeinden in Deutschland schreiben Aufträge zwischen 60 und 300 Milliarden Euro aus, pro Einwohner seien das rund 1000 Euro, so die Studie von KPMG. Dementsprechend sei das Einsparpotential groß.

Die Studie „Kommunale Beschaffung im Umbruch“ sieht als Hauptmangel der derzeitigen Einkaufsprozesse in den Kommunen, dass kommunale Einkäufer von den übergeordneten Zielen der Haushaltskonsolidierung entkoppelt arbeiten würden und die Beschaffung lediglich eine Bedarfs- und Bestellabteilung sei. Daher wird vorgeschlagen, dass Kommunen langfristige Perspektiven benötigen und Einkäufer in die Planung und Budgetierung als taktische Partner eingebunden werden. Zwar habe ein Viertel aller Kommunen eine Strategie zur Nachhaltigkeit, aber kaum eine Kommune nutze die notwendigen Steuerungs- und Zielsysteme. Ebenfalls selten werden Synergieeffekte mit den eigenen Unternehmen genutzt.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Sieht die Landesregierung kommunale Defizite im Bereich des Einkaufs?
2. Wie viele Kommunen nutzen bereits heute die Möglichkeiten von Einkaufsgemeinschaften (z.B. über die Kommunalen Spitzenverbände)?

Datum des Originals: 23.01.2014/Ausgegeben: 23.01.2014

3. Wie beurteilt die Landesregierung die Schwierigkeiten von Kommunen im Bereich der Auftragsvergabe und Beschaffung durch die zunehmende Komplexität des Themas und den wachsenden Ansprüchen an der Vergabe öffentlichen Stellen?
4. Wie beurteilt die Landesregierung das Hemmnis einer nachhaltigen Beschaffung durch die größer werdenden Anforderungen und Kriterien an Auftragsvergaben?
5. Wie beurteilt die Landesregierung die Kritik an den unterschiedlichen Anforderungen an die Vergabe in den Ländern, dass dadurch ein einheitlicher Markt in Deutschland verloren gehe?

(André Kuper)